

Die Dilemma-Methode in der politischen Bildung am Beispiel des Falls Daschner

Hannes Reichert

1. Wertewandel, Werte in der Demokratie und Identitätsbildung

Der Wertebegriff ist seit langer Zeit ein zentraler Begriff des gesellschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Diskurses und besitzt nach wie vor höchste Aktualität und Relevanz. Insbesondere im Kontext der Integration von Geflüchteten sowie der Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten ist aktuell immer wieder von westlichen, europäischen oder deutschen Werten die Rede. Dabei bleiben die Definitionen des Begriffs „Wert“ mitunter unklar. Der Großteil der Definition betont die Handlungsrelevanz von Werten, die auch für die Werteforschung besonders bedeutsam ist (vgl. Welzel 2009: 109). Zudem herrscht in der sozialwissenschaftlichen Forschung weitestgehend Konsens darüber, „dass mit Werten psychologisch tiefsitzende, nur schwer änderbare Vorlieben gemeint sind“ (Hradil 2018: 20). Die Veränderung von Wertehaltungen sowie der gesellschaftliche Wandel von Werten sind zentrale Themen der Wertewandelforschung. In dieser wird angenommen, dass „Werte an die existenziellen Lebensbedingungen und die aus diesen erwachsenen Erfahrungen der Menschen gekoppelt [sind]“ (Welzel 2009: 110). Es besteht Einigkeit darüber, dass Werte gesellschaftlich bestimmt sind und somit auch dem gesellschaftlichen Wandel unterliegen. In diesem Kontext stellt sich die Frage nach Identität und Identitätsbildung und deren Bedeutung für die Demokratie und die Gesellschaft. Die Aufgabe der Identitätsbildung und Integration für die Demokratie liegt dabei – mehr denn je – bei den Individuen und der Gesellschaft. Es wird immer wieder thematisiert, dass durch den Gesellschafts- und Wertewandel hin zur Pluralisierung der Lebensformen sowie zur Individualisierung und Singularisierung Desintegrationsprozesse stattfinden und die gemeinsame Basis an Werten in der Gesellschaft schwindet. Dieser



Hannes Reichert

Lehrer im Vorbereitungsdienst mit den Fächern Sozialkunde und Geschichte am Studienseminar Halle (Saale)

Wertpluralismus ist gerade kennzeichnend für die Demokratie. Allerdings ist zu ergründen, ob es nicht einen Minimalkonsens an (Grund-)Werten geben muss, die ein gewisses Maß an Solidarität und gesellschaftlicher Integration erzeugen (vgl. ebd.). Werte gelten zwar häufig als etwas Individuelles und werden ausschließlich Individuen zugeschrieben, jedoch verkörpern auch „systemische Regelungen durch Institutionen [...] Wertebezüge“ (Reinhardt 2015: 120). So ist festzuhalten, dass (Grund-)Werte für das Zusammenleben in demokratischen Gesellschaften von essentieller Bedeutung sind. Sie liegen der Demokratie an sich als auch dem Diskurs und der Austragung von Konflikten zugrunde. Die Demokratie benötigt dementsprechend mündige Bürgerinnen und Bürger, die das gesellschaftliche Zusammenleben aktiv gestalten und in der Lage sind, sich in Aushandlungsprozesse einzubringen. Gesellschaftliche Integration bedarf demnach nicht nur der Werte an sich, sondern braucht auch den diskursiven Umgang, der Wertekonflikte lösbar macht (vgl. Reinhardt 2015: 121).

2. Wertebildung

Der Wertewandel und die damit einhergehenden Prozesse haben auch im schulischen Kontext an Bedeutung gewonnen. Einerseits ist die Identitätsentwicklung durch die beschriebenen Prozesse immer mehr zur Aufgabe des Individuums geworden. Demokratische Integration und individuelle Identität werden dabei weniger durch tradierte und homogene Strukturen und Weltansichten hervorgebracht, sondern müssen mehr vom Individuum selbst erzeugt werden (vgl. May 2013: 176). Andererseits sind auch die Lernbedingungen der Schüler*innen relevant, die ebenfalls von der Pluralisierung betroffen und durch Widersprüchlichkeiten gekennzeichnet sind. Sibylle Reinhardt (2015: 119) postuliert, dass „die Aufgabe der Integration durch Werte [...] nicht nur den Individuen und der Gesellschaft zugeordnet werden [kann und sollte], sondern auch der Politik selbst“. Diese Forderung betrifft auch die politische Bildung mit der Aufgabe der Wertebildung. Wertebildung kann dabei grundsätzlich definiert werden als „die kognitiven, affektiven und evaluativen Prozesse, die in Schule und Unterricht bewusst und unbewusst auf die Entwicklung von dauerhaften handlungsleitenden Werten und Normen bei Kindern und Jugendlichen gerichtet sind“ (Henkenborg 2017: 576). Die prinzipielle Bedeutung von Werten in der politischen Bildung ist in der politikdidaktischen Diskussion anerkannt. Vor dem Hintergrund des Ziels der politischen Bildung – der Entwicklung mündiger Bürger*innen – darf Wertebildung niemals Werte von oben oktroyieren, da eine solche Übermittlung von Werten schülerfremd wäre. Wertebildung als Teil der Demokratiebildung meint demnach nicht Bildung zur Anpassung, sondern Bildung zur Mündigkeit. Dementsprechend werden fachdidaktische Konzepte benötigt, die reflexive Lernprozesse, Auseinandersetzung und begründetes Entscheiden ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist auch die Fähigkeit zur politisch-moralischen Urteilsbildung zu verstehen. Die Fähigkeit zur Urteilsbildung ist in allen gängigen politikdidaktischen Kompetenzmodellen aufgeführt und beschreibt die „Fähigkeit, kontroverse Wertvorstellungen, politische Positionen und gesellschaftstheoretische Konzepte selbstbezogen abzuwägen, um ein eigenes Werturteil und eine verallgemeinerungsfähige